

Fall Stephanie Bundesgerichtshof prüft Revision von Mario M.

Leipzig/Dresden (dpa). Die Entführung und Misshandlung der Dresdner Schülerin Stephanie im Januar 2006 wird ein Fall für den Bundesgerichtshof (BGH). Der 5. Strafsenat in Leipzig will die Revision von Mario M. prüfen, teilte das Gericht gestern mit. Der arbeitslose Anlagenbauer war am 14. Dezember 2006 wegen Vergewaltigung, Geiselnahme, sexuellen Missbrauchs von Kindern und Körperverletzung zur Höchststrafe von 15 Jahren und anschließender Sicherungsverwahrung verurteilt worden. Er hatte die damals 13-jährige Stephanie fünf Wochen gefangen gehalten, sexuell misshandelt und gequält.

Ein Termin für die Prüfung des Falles steht noch nicht fest. Der Generalbundesanwalt hat beantragt, die Revision als unbegründet zu verwerfen. Die BGH-Richter können auch ohne mündliche Verhandlung eine Entscheidung fällen. Der Angeklagte habe das Urteil des Landgerichts Dresden mit seiner Revision umfassend angegriffen, teilte das Gericht mit. Der Verteidiger des 36-Jährigen hatte bereits im Prozess angezweifelt, dass die Voraussetzungen für eine Sicherungsverwahrung gegeben sind.

Laut Urteil hatte der vorbestrafte Sexualtäter Stephanie am 11. Januar auf dem Schulweg ins Auto gezwungen und in seine Wohnung verschleppt. Nur 500 Meter von ihrem Zuhause entfernt musste das Mädchen die sexuellen Wünsche ihres Peinigers erfüllen. Nach Auffassung der Richter hatte Mario M. die Taten sorgfältig geplant und durch massive Drohungen ein Klima fortwährender Gewalt und Einschüchterung geschaffen. Erst nach fünf Wochen wurde das Martyrium beendet. Ein Passant fand am 15. Februar einen Zettel mit einem Hilferuf des Mädchens. Wenig später wurde es von der Polizei befreit.

Die Entführung des Mädchens und der anschließende Prozess stießen bundesweit auf großes mediales Interesse. Der Verurteilte hatte Polizei und Justiz während des Verfahrens mit einer spektakulären Kletteraktion auf ein Gefängnisdach rund 20 Stunden in Atem gehalten. Danach wurden in allen sächsischen Gefängnissen die Sicherheitsstandards überprüft und verschärft. Die heute 15 Jahre alte Stephanie geht seit einem knappen Jahr wieder zur Schule.

Sächsische Pfarrer rocken für Glocken

Dresden (epd). „Rock the Bible“ heißt es am 3. Juni (17 Uhr) in der evangelischen Kirche von Fördergersdorf bei Dresden. Mit ihrem Benefizauftritt wolle die Pfarrerverband Die Schwarzen Löcher Spenden für die Sanierung stillgelegter Glocken der Kirchengemeinde sammeln, teilte die Kantorin gestern mit. Das 90-minütige Konzert der dreiköpfigen Band mit den sächsischen Pfarrern Henning Olschowsky, Hans Rummel und Michael Leonhardi bringe nicht nur Kirchenfenster zum Klirren, sondern solle auch Herz und Geist ansprechen, hieß es.

Justizzentrum: Auszeichnung umstritten

Chemnitz (ddp). Reserviert haben Chemnitz Stadträte auf die Auszeichnung des künftigen Justizentrums Chemnitz mit einem Innovationspreis des Bundesverbandes PPP (Public Private Partnership) reagiert. Im Verbund mit dem vorhandenen Landgericht und Gefängnis sei der geplante Neubau schon eine Innovation, sagte gestern der Grünen-Abgeordnete Volkmar Zschocke. Doch entspreche das Justizzentrum am falschen Ort. Die nicht gelöste Parkplatzfrage auf dem dicht bebauten Kaßberg sorge für großen Ärger unter den Anwohnern.

Häftling legt Feuer in Zelle

Sondershausen (ddp). Bei einem Brand in einer Gewahrsamszelle der Polizeinspektion in Sondershausen ist gestern ein Mensch verletzt worden. Nach bisherigen Ermittlungsergebnissen hatte ein 27-Jähriger die Matratze in seiner Zelle angezündet. Polizeibeamte bemerkten den Rauch und retteten den wegen Vandalismus inhaftierten Mann aus der brennenden Zelle. Beim Löschversuch wurde ein 60-jähriger Polizist leicht verletzt und musste mit Verdacht auf Rauchgasvergiftung in ein Krankenhaus gebracht werden. Den Brandschaden schätzt die Polizei auf rund 2500 Euro.

REGION KOMPAKT

Die Dresdner Polizei hat einen 21-Jährigen als Drahtzieher von 25 Betrugsdelikten mit einem Gesamtschaden von mindestens 24 000 Euro ermittelt. Der junge Mann und vier Komplizen zwischen 16 und 18 Jahren hatten Bekannte zum Missbrauch ihrer Geldkarten überredet.

Bei einem Verkehrsunfall in Zeitz (Burgenlandkreis) sind zwei Menschen schwer verletzt worden. Nach Angaben der Polizei fuhr eine 70-jährige Autofahrerin mit ihrem Wagen von einem Parkplatz herunter, ohne die Vorfahrt eines entgegenkommenden Motorrads zu beachten.

Nach einer tödlichen Messerattacke auf einen 29-Jährigen in Gotha sitzt ein 17-Jähriger im Gefängnis. Gegen ihn sei Haftbefehl wegen Mordes erlassen worden, berichtete die Polizei gestern.



Erfurt: Totalsperre am künftigen ICE-Knotenpunkt

Die Sachverständigen Wolfgang Kurschatt (r.) und Ronny Noack führen am Hauptbahnhof in Erfurt die technische Abnahme von neuen Gleisanlagen und Signal- und Sicherungseinrichtungen durch. Am künftigen ICE-Knotenpunkt Erfurt wird der neu gebaute Mittelteil

des Bahnhofes während einer 44-stündigen Totalsperre vom 1. bis 3. Juni 2007 in Betrieb genommen. Während der Sperrung werden Gleis- und Oberleitungsanlagen angeschlössen sowie die Signal- und Sicherungstechnik neu ausgerichtet. Foto: ddp

Postel hält Einzug ins Rathaus

Verurteilter Hochstapler führt Protest gegen Dresdner Psychiatrie-Kongress an

Von ARMIN GÖRTZ

Leipzig. Gert Postel kehrt nach Sachsen zurück. Nicht nach Zschadraß im Muldentale, wo der gelernte Postbote in den 90ern zwei Jahre lang dank gefälschter Zeugnisse als Oberarzt einer Nervenklinik wirkte und die Justiz mit psychiatrischen Gutachten versorgte. Postel kommt auch nicht nach Leipzig, wo er wegen der Hochstaplelei zu vierjähriger Haft verurteilt wurde. Ihn zieht es jetzt ins Dresdner Rathaus.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Psychiatrie-Erfahrener hat ihn zum Schirmherren gekürt und setzt auf ihn, um gegen einen Kongress in Dresden zu protestieren. „Er ist ein Held“, behauptet René Talbot, Vorstandsmitglied des Vereins und Betreuer der Postel-Fan-Homepage. Sitz des Fanklubs und des Anti-Psychiatrie-Vereins ist das Berliner Haus der Demokratie und Menschenrechte. Postel habe „mit seinen verdeckten Ermittlungen“ bewiesen, „dass es kein psychiatrisches Wissen gibt, sondern nur Sprechblasen“, behauptet Talbot.

Im Leipziger Prozess hatte ein Gutachter erklärt, dass es Postel bei seinen Arzt-Auftritten um „Beruf, Status und Macht“ gegangen sei. War sein Einsatz in Wahrheit eine verdeckte Ermittlung? „Nicht der Absicht nach, aber im Ergebnis schon“, erklärt der 48-Jährige im Gespräch mit dieser Zeitung. Die Schirmherrschaft über den Verein habe er übernommen, „weil ich immer eine

psychiatriekritische Haltung hatte“, sagt er. „Psychiatrie ist Hochstaplelei, nichts anderes.“

Thomas Kallert, echter Psychiater, kann beim Namen Postel einen Heiterkeitsausbruch nicht unterdrücken, doch dass jener als verdeckter Ermittler gepriesen wird, lässt den Humor des Professors verfliegen. Ernst ist angesichts des sensiblen Themas ohnehin angebracht: Kallert, Chefarzt im Leipziger Parkkrankenhaus, hat ein EU-Projekt zum Einsatz von Zwangsmaßnahmen in der Psy-



Gert Postel

chirurgie koordiniert. Hunderte Teilnehmer werden die Ergebnisse vom 6. bis 8. Juni in Dresden beim Kongress des Psychiatrischen Weltverbandes diskutieren. „Natürlich“, so erklärt der 47-jährige Organisator, „sind Zwangsmaßnahmen in der Psychiatrie gerechtfertigt.“ Dies sei – zum Teil sehr streng – rechtlich definiert. Auf dem Kongress sind auch für die Überwachung der Regeln zuständige Gremien wie der Europarat vertreten, zudem legen Psychiatriekritiker ihren Standpunkt dar.

PORTRÄT

Der vermeintliche Mediziner

Gert Postel, 1958 in Bremen geboren, bestand 1976 die Abschlussprüfung des einfachen Postdienstes, trug danach Briefe aus. Es folgten – mit gefälschten Zeugnissen – kurze Anstellungen als Arzt bei Oldenburg und in Bremen, wo er aufzog, aber mit einer Geldbuße davonkam. 1982 wurde er als stellvertretender Amtsarzt in Plensburg eingestellt, erhielt daraufhin eine Bewährungsstrafe. Wegen seiner Tätigkeit als Oberarzt

im Psychiatrischen Krankenhaus Zschadraß von 1995 bis 1997 verurteilte ihn das Landgericht Leipzig zu vier Jahren Haft, von denen er zwei Drittel absaß. Einnahmen aus seiner Autobiografie von 2001 muss er wegen unrechtmäßig empfangenen Gehalts an den Freistaat Sachsen abführen. Heute lebt er in Hessen. Nach eigener Darstellung liest er philosophische Bücher und führt als geistiger Mensch ein bescheidenes Leben. A. G.

Volksentscheide

Iltgen will Hürden senken

Dresden (dpa). Der Weg zu Volksentscheiden in Sachsen sollte nach Ansicht von Landtagspräsident Erich Iltgen leichter werden. Die Bevölkerung solle damit mehr an politischen Entscheidungen beteiligt werden, sagte Iltgen gestern dem MDR 1 Radio Sachsen. Ein Landtagssprecher bestätigte diese Aussagen. Die derzeit in der sächsischen Verfassung vorgeschriebenen 450 000 Unterschriften sind laut Iltgen eine zu hohe Hürde. Einen Vorschlag für eine neue Untergrenze machte er jedoch

nicht. Er forderte zudem eine Mindestwahlbeteiligung für landesweite Volksentscheide, wie sie bei kommunalen Bürgerentscheiden im Freistaat bereits besteht.

Die Grünen im Landtag begrüßten den Vorstoß. „Es ist an der Zeit, das Quorum für Volksentscheide endlich zu senken“, betonte der Parlamentarische Geschäftsführer Karl-Heinz Gerstenberg. Die vom Präsidenten vorgeschlagene Mindestbeteiligung liefe der Idee von mehr direkter Demokratie aber zuwider.

Döbeln

Verein Treibhaus geehrt

Döbeln. Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) und Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD) haben engagierte Bürger und Vereinigungen als Botschafter der Toleranz ausgezeichnet. Darunter auch den Verein Treibhaus Döbeln, der für sein anspruchsvolles Kulturprogramm gewürdigt wurde.

„Für uns ist die Auszeichnung eine wirklich hohe Würdigung“, sagte gestern Philipp Klöden von Treibhaus. Gemeinsam mit zwei weiteren Mitglie-

dern des Vereinsvorstandes war er zur Preisverleihung in die Bundeshauptstadt gefahren, um die Auszeichnung entgegenzunehmen.

Nina Lippmann vom Bündnis für Demokratie und Toleranz nennt die Gründe, warum der Döbelner Verein letztlich für den Preis ausgewählt wurde: „Der Verein mit seinen 100 Jugendlichen bietet im vereinseigenen Café Courage ein umfangreiches und anspruchsvolles Kulturprogramm an.“

Hagen Rösner/dpa

Rehabilitation für einen Raben

Nachfahren des Merseburger Bischofs Thilo auf den Spuren der Historie

Merseburg. Dicht umlagert war am Wochenende der Rabenkäfig im Schlosshof von Merseburg. Denn zu Besuch waren Mitglieder der Familie von Trotha. „Die Voliere muss man unbedingt gesehen haben, wenn man in der Region ist“, sagt Wolf-Dieter von Trotha, ein Nachfahre des berühmten Bischofs Thilo, der von 1466 bis 1514 lebte und für die „ewige Haft“ eines Raben in der Domstadt verantwortlich gemacht wird.

„Eine schöne Sage, die aber nichts mit der Wahrheit zu tun hat“, betont der geschichtskundige Unternehmer aus Hessen, der mit 115 Familienangehörigen vier Tage auf Spurensu-

che im Großraum Merseburg unterwegs war. Die Hinweistafel an der Voliere müsste seiner Meinung nach ergänzt werden. Sie informiert über den diebischen Raben, den besagten Bischof einen goldenen Siegelring raubte, woraufhin der mächtige Mann im jählichen Zorn seinen treuen Diener verdächtigte und hinrichten ließ.

„Der Rabe mit dem Ring im Schnabel gehört seit der frühen Ritterzeit zu unserem Familienwappen, lange vor Bischof Thilo, der das Wappen auch verwendet hat“, betont der Geschäftsmann. „Im heute nördlichsten Stadtteil von Halle, dem Ort Trotha, gab es 1163 einen ersten, ur-



Unschuldigt inhaftiert: Der Rabe von Merseburg. Foto: Peter Wölk

kundlich nachweisbaren Vorfahren der Familie“, ergänzt Clamor von Trotha. Während der Führung durch den Dom erfuhren auch weniger geschichtsbeschwanderte Familienmitglieder, dass Bischof Thilo kein jähzorniger Kirchenfürst war, sondern in einer Merseburger Chronik als „kluger, verständiger Mann, von außerordentlicher Einsicht“ bezeichnet wird – „wachsam in geistlichen, gewandt und vorsichtig in weltlichen Angelegenheiten und eines großen Ruhmes würdig“.

„Die Teilnehmer des Treffens sind alle Nachfahren von Verwandten des Bischofs, kommen aus mehreren Ländern, einige aus

den USA“, sagt Wolf-Thilo von Trotha. Der Luxemburger Banker leitet den Familienvorstand. Dass er, wie 20 weitere seiner „Vettern“ auf den Vornamen Thilo hört, gefällt dem 64-Jährigen.

Weiter ging die Geschichtsstunde für die Throthas im Wappensaal des historischen Kapitelshauses, für dessen Fertigstellung die Familie 30 000 Euro gespendet hatte. Hier sprachen sie auch darüber, dass ihre Vorfahren 1427 die zerstörte Wasserburg Trotha verließen und in vielen Orten der Region, so in Teutschenthal, Bennstedt, Seeburg, Wettin, Krosigk und Schkopau, siedelten. Bernd Lähne

Sachsen-Anhalt Steigendes Interesse an den Stasi-Unterlagen

Magdeburg. In Sachsen-Anhalt ist das Interesse an den Akten der Staatssicherheit deutlich gestiegen. Wie der Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, Gerhard Ruden, gestern sagte, haben sich 2006 mehr als 2000 Menschen von seinen Mitarbeitern beraten lassen, etwa doppelt so viele wie im Jahr zuvor. Dabei sei es vornehmlich um die Möglichkeit gegangen, Einsicht in die eigene Akte zu nehmen. Die Beratungstage seien „fast überlaufen gewesen“.

Ruden erklärte den Zuwachs zum einen mit dem zeitlichen Abstand „zu dieser teilweise bedrückenden Vergangenheit“. Den Betroffenen falle es heute leichter, sich damit zu beschäftigen. Zum anderen führte er das größere Interesse auf den Film „Das Leben der anderen“ und andere Veröffentlichungen über die Stasi und die SED zurück. Die Akten seien dadurch mit Leben gefüllt worden – offenbar nachhaltig: In diesem Jahr setze sich der Trend fort, sagte Ruden. Zu den Beratungen seiner Mitarbeiter seien noch einmal mehr Menschen gekommen als 2006. „Die Gesellschaft ist zurzeit sehr aufmerksam für das Unrecht der SED und der Stasi.“

Dies hat Ruden zufolge auch die öffentliche Reaktion gezeigt, als die Stasi-Vergangenheit des Magdeburger IHK-Präsidenten Klaus Heckmann Anfang Mai bekannt wurde. Der 61-Jährige hatte von 1986 bis 1989 als Inoffizieller Mitarbeiter (IM) für die Stasi gearbeitet. Von IHK-Mitgliedern war aber auch die Forderung geäußert worden, einen Schlussstrich zu ziehen. Die Mehrheit der Bevölkerung sei anderer Meinung, sagte Ruden und forderte: „Es verbietet sich, ‚Schwamm drüber‘ zu sagen.“ Der Landesbeauftragte erneuerte seine Forderung, Heckmann müsse zurücktreten. Es sei zu befürchten, dass einige Menschen noch mehr wüssten als in den Akten stehe und dadurch ein ehemaliger IM erpressbar sei. „Das ist ein Ausschlussgrund für ein solches Amt.“

Ende Mai wird die Vollversammlung der IHK zu einer außerordentlichen Sitzung zusammenkommen, um über die Vergangenheit ihres Präsidenten zu diskutieren. Ruden verteidigte hingegen die Landesregierung gegen die Kritik, dass sie sich nicht von Heckmann als Berater getrennt habe. Der Unternehmer übe diese Tätigkeit in seiner Eigenschaft als IHK-Präsident aus. „Es ist Sache der Wirtschaft, wen sie an ihre Spitze stellt.“ Markus Werning

ANZEIGE

Die Bahn

**BUGA-Kombi-Ticket
für nur 22 EUR.**

Aus ganz Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen zur BUGA und zurück. Eintritt inklusive. Infos: www.bahn.de/buga2007
Die Bahn macht mobil.

BUGA '07
GERA UND
ROSENBERG
27.4.-14.10.2007

Oschatz

Bilanz der Gartenschau mit schwarzer Null

Oschatz. Jetzt ist es amtlich: Für die Durchführung der Oschatzer Landgartenschau im vergangenen Jahr muss die Stadtkasse nicht angezapft werden. „Wir haben die berühmte schwarze Null erreicht“, freut sich Andreas Kretschmar (parteilos). Der Aufsichtsrat der Landesgartenschau Oschatz 2006 GmbH, dem Kretschmar als Oberbürgermeister vorsitzt, hat jetzt den Jahresabschluss 2006 bestätigt. Das oberste Aufsichtsgremium sei „äußerst zufrieden“, dass keine städtischen Zuschüsse für die Lago-Gesellschaft notwendig seien. Die Einnahmen aus Eintrittsgeldern von rund 520 000 Besuchern und Sponsoren haben laut Kretschmar die Ausgaben für die Pflanzen und Beete, für die insgesamt 700 Veranstaltungen, den Einlassdienst und die Werbung gedeckt.

Im Zusammenhang mit der Landesgartenschau wurden 51 Millionen Euro ins Stadtzentrum, in die Schulen und den Straßenbau investiert. In das Gelände der Gartenausstellung selbst flossen nach Angaben der Stadt Oschatz 9,8 Millionen Euro. Diese Summe wurde je zur Hälfte vom Freistaat Sachsen und von der Stadt Oschatz aufgebracht. Das Gelände in der Döllnitzaue wird jetzt unter dem Namen O-Schatz-Park als Freizeitpark genutzt.

Oschatz ist die zweite Stadt in Sachsen, die bei den Durchführungskosten einer Gartenschau keine Verluste gemacht hat. Die Bilanz des Vorgängers Großhain, wo sich Sachsens Gärtner im Jahr 2002 präsentierten, war ebenfalls positiv. „Nachdem wir alles abgewickelt und die Gesellschaft aufgelöst hatten, stand bei uns eine schwarze Null“, sagte gestern Matthias Schmieder, der damalige Geschäftsführer der Gartenschau in Großhain. Die beiden Vorgänger Lichtenstein (1996) und Zittau (1999) machten dagegen erhebliche Verluste. Frank Hörjügel